



Kopien erl.  
23.04.2024  
LD



Billerbeck, 22. April 2024

## Gemeinsamer Antrag aller Parteien im Rat der Stadt Billerbeck

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
bitte nehmen Sie den folgenden Antrag mit auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Billerbeck schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.

### Sachverhalt/ Begründung:

Die Trierer Erklärung spiegelt die Werte wider, die wir als Parteien vertreten und die wir in unseren Städten und Gemeinden fördern wollen. Wir verurteilen jegliche Versuche, Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder politischen Ansichten zu diskriminieren oder zu vertreiben. Stattdessen treten wir für ein respektvolles und solidarisches Miteinander ein, in dem die Menschenwürde und die demokratischen Prinzipien stets gewahrt bleiben.

Als Vertreter der genannten Parteien setzen wir uns aktiv dafür ein, die Trierer Erklärung zu verbreiten und die darin enthaltenen Werte in unserer politischen Arbeit sowie in der Gesellschaft zu fördern. Wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass unsere Städte und Gemeinden Orte der Vielfalt, des Respekts und der Zusammengehörigkeit bleiben.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich dieser Bewegung anzuschließen und gemeinsam ein Zeichen gegen Hass, Spaltung und Diskriminierung zu setzen.

### Die Trierer Erklärung:

Quelle <https://www.staedtetag-rlp.de/themen/inneres-und-kommunalrecht/trierer-erklaerung/>

„Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren. In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden. Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und

Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen. Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“

Marco Lennertz  
Fraktionsvorsitzender  
CDU

Hanna Hüwe  
Fraktionsvorsitzende  
der Grünen

Thomas Tauber  
Fraktionsvorsitzender  
SPD

Iris Pawliczek  
Fraktionsvorsitzende  
FDP

Niels Geuking  
Ratsmitglied der  
Familienpartei